

LaG - Magazin

Transformationen

in Mittel- und Osteuropa

nach 1989/90

25. April 2018

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

„Lebe, Ukraine, schön und stark“. Sprachpolitik in der Ukraine.....	4
Wann endete in Polen der Kommunismus?.....	8
Ungarn: Entliberalisierung des Demos und die Neuordnung Europas.....	12

Empfehlung Fachbuch

„25 Jahre Systemtransformation in Osteuropa“	18
--	----

Empfehlung Fachdidaktik

„Österreich und die Ostöffnung 1989“	22
--	----

Empfehlung Web

„1989 – Aufbruch in Osteuropa“	25
Online-Magazin „Ostpol“	27

Empfehlung Podcast

Osteuropa im Gespräch.....	29
----------------------------	----

Liebe Leserinnen und Leser,
herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe des LaG-Magazins. Das Thema der Transformationsprozesse nach dem Untergang des autoritären Staatssozialismus hat einen starken Gegenwartsbezug. Ist die derzeitige Renaissance von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus bis in die Regierungen von Polen, der Ukraine, Ungarn und anderen Staaten eine Folge der autoritären Strukturen „real existierenden Sozialismus“? Welchen Einfluss und welche Funktion haben Rückgriffe auf nationale Konzepte aus der Zwischenkriegszeit vor dem Zweiten Weltkrieg? Lässt sich der zunehmende Antisemitismus von dem teils brachialen Antikommunismus trennen? Welche geschichtsrevisionistischen Folgen hat die Totalitarismusideologie? Diese und weitere Fragen werden wir in dieser Ausgabe nicht befriedigend beantworten. Den einen oder anderen Hinweis jedoch hoffen wir geben zu können.

Juliane Niklas greift anhand der ukrainischen Hymnen die dortige Sprachpolitik im Rahmen von Lustration und Dekommunisierung bis heute auf.

Florian Peters zeigt die Besonderheit der polnischen Transformation auf, die bereits mit der *Solidarność* 1980/81 begann. Peters geht zudem auf das Narrativ der PiS-Regierung ein, in dem behauptet wird, der Wechsel von 1989 würde keine politische Zäsur darstellen.

Magdalena Marsovszky geht auf die ungarische Entwicklung ein. Sie geht davon aus,

dass im Rahmen der liberalen Opposition eine Fehleinschätzung der rechtsradikalen Partei Jobbik besteht, die auf bestehenden Versatzstücken eines orthodoxen und ökonomistisch verkürzenden Marxismus beruhe.

Wir danken den Autor_innen für ihre Beiträge zu diesem Magazin.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint am 16. Mai als Sondernummer in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank.

Am 30. Mai veröffentlichen wir, gefördert durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, ein Magazin zu Fragen von Demokratiepädagogik und Menschenrechten.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

„Lebe, Ukraine, schön und stark“. Sprachpolitik in der Ukraine

Von Juliane Niklas

„Lebe, Ukraine, schön und stark / in der Sowjetunion hast du dein Glück gefunden / zwischen Gleichen gleich, zwischen Freien frei / unter der Sonne der Freiheit, wie eine Blume erblüht // Der Sowjetunion Ruhm / Ruhm dem Vaterland seit Jahrhunderten / lebe Ukraine, Sowjetstaat / in der einigen Familie der Brüdervölker.“

Dass die Ukraine leben solle war, inklusive ihrer Lobpreisung, der Text der Nationalhymne der Ukrainischen Sowjetrepublik von 1978 bis 1991 und war insofern eine Änderung zur Hymne vor 1978, dass die Zeile „Und Stalin führt uns zu hellen Höhen“ geändert wurde in „Unter der Flagge des Oktober zu hellen Höhen“. Die Nationalhymne bestand neben der Hymne der UdSSR („Die unzerbrechliche Union der freien Republiken / vereinigte für die Ewigkeit die große Rus / es lebe, vereinigt durch den Willen der Völker / die einige, mächtige Sowjetunion“).

„Noch ist die Ukraine nicht gestorben“

„Noch ist die Ukraine nicht gestorben, weder ihr Ruhm noch ihre Freiheit / noch wird uns lächeln, ukrainische Brüder, das Schicksal / verschwinden werden unsere Feinde wie Tau in der Sonne / und auch wir, Brüder, werden Herren im eigenen Land sein // Leib und Seele geben wir für

unsere Freiheit / und bezeugen, dass unsere Herkunft die Kosakenbrüderschaft ist“

Nach der Auflösung der Sowjetunion und der Gründung einer unabhängigen Ukraine 1991 wurde die Musik von Mychajlo Verbyc'kij als Hymne in Artikel 20 der Verfassung festgeschrieben, die Entscheidung über den zu singenden Wortlaut jedoch dem Gesetzgeber überlassen. Das Parlament stimmte dem Verfassungsentwurf erst 1996 zu, somit war die Ukraine dasjenige Land im postsowjetischen Raum, in dem die Verfassung der Sozialistischen Sowjetrepublik noch am längsten Gültigkeit hatte. Der Text ist ein patriotisches Gedicht von Pavlo Čubyns'kij aus dem Jahr 1862.

Analytisch an alleine die jeweils ersten Textzeilen heranzugehen, würde den Rahmen dieses Textes sprengen. Auffällig sind in beiden Fällen die Personifizierung der Nation („leben“ versus „nicht sterben“), auch als „Mutter Heimat“, worauf auch bereits die Etymologie des Wortes natio = Geburt verweist. Ganz patriarchal wird auch jeweils nur der männliche Teil der Bevölkerung angesprochen („Brüder“, „Herren“).

„Noch ist der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben“

„Noch ist der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben / noch wird uns lächeln, junge Brüder, das Schicksal / verschwinden werden unsere Feinde wie Tau in der Sonne / und auch wir, Brüder, werden Herren im eigenen Land sein // Leib und Seele geben wir für unsere Freiheit / und

bezeugen, dass unsere Herkunft die Kosakenbrüderschaft ist“

Auf Vorschlag Leonid Kučmas, des damaligen pro-russischen¹ Präsidenten, wurde im März 2003 der Text der Nationalhymne geändert mit dem *Gesetz über die Staatshymne der Ukraine*, No. 602-IV. Von nun an war nicht mehr die Ukraine nicht gestorben, sondern ihre Ehre und Freiheit – sprachlich ließ sich das durch die Änderung einiger weniger Buchstaben bewerkstelligen. Das Schicksal lächelt nicht länger für die ukrainischen Brüder, sondern für die jungen Brüder – ein pro-russisches Zeichen für die Integration ethnischer Russen. Über Sexismus oder das Patriarchat wurde anscheinend nicht debattiert – es bleibt bei den „Brüdern“. Warum diese ausgerechnet jung sind, steht auf einem anderen Blatt. Bereits 1994 war Kučma gegen den Amtsinhaber Leonid Kravčuk mit dem Wahlversprechen angetreten, Russisch als zweite Staatssprache einzuführen, auch wenn er dies nicht verwirklichte.

Russisch oder Ukrainisch – vor allem die Frage nach der Muttersprache wurde sofort nach der Unabhängigkeit ein Politikum. Die Sprachensituation in der Ukraine ist widersprüchlich: Auf der einen Seite sind die meisten Menschen zweisprachig – des Ukrainischen wie des Russischen auf muttersprachlichem Niveau mächtig – und es ist üblich, in Unterhaltungen beide Sprachen zu verwenden; auf der anderen Seite birgt der Status der offiziellen Sprachen einigen Sprengstoff. Die Sprachenfrage lässt sich auf die einfache Formel herunterbrechen: Sage mir, welche Sprache du sprichst, und

ich sage dir, wo du politisch stehst. Nach dem Majdan mit seiner vermeintlich pro-westlichen, in weiten Teilen dann aber doch ukrainisch-nationalistischen Ausrichtung geht der vor allem legislativ geführte Kampf und die Sprachhoheit weiter: Anfang März 2017 kündigte Präsident Petro Porošenko an, dem Parlament einen Gesetzentwurf für eine Quotenregelung auch für das Fernsehen vorzulegen. Bereits im Oktober desselben Jahres trat das Gesetz in Kraft. „Dank des verabschiedeten Gesetzes [die Quotenregelung für das ukrainische Radio], haben wir bedeutende Ergebnisse in der Verbreitung ukrainischer Lieder und der ukrainischen Sprache im Radio erreicht.“

Wenige Tage zuvor: Der Ukrainische Nationalrat für Hörfunk und Fernsehen verlangt vom lokalen Radiosender Hlas in Odessa eine Strafgebühr von 43.200 Hryvnja (knapp 1.500 Euro) für die Nichteinhaltung der Quote für die Staatssprache Ukrainisch. Der Anteil an ukrainischsprachigen Beiträgen und Lieder betrage statt der gesetzlich geforderten 50 Prozent nur 30 Prozent.

Russisch ist aufgrund der kulturellen und historischen Siedlungsgeschichte der Region bis heute die am weitesten verbreitete Sprache der Stadt Odessa. Im offiziellen Zensus aus dem Jahr 2001 gaben 65 Prozent der Einwohner_innen Russisch als Muttersprache an. Unabhängige Studien haben jedoch deutlich höhere Anteile für das Russische ergeben, 2005 ermittelte eine Studie eines Kiewer Instituts, dass in der Oblast Odessa (Bezirk Odessa) etwa 85 Prozent der Bevölkerung russischsprachig seien. Eine

Befragung des International Republican Institute ergab, dass in Odessa 78 Prozent der Einwohner_innen zuhause ausschließlich Russisch sprechen, 15 weitere Prozent sowohl Russisch als auch Ukrainisch und lediglich sechs Prozent ausschließlich Ukrainisch.

Ausschließlich Ukrainisch ist seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 Staats- und Amtssprache. Im Präsidentschaftswahlkampf 2009 hatte, wie zuvor Kučma, Viktor Janukovyč seinen überwiegend aus der Ost- und Südukraine stammenden Wähler_innen versprochen, Russisch als zweite Amtssprache einzuführen. Durch ein von ihm unterzeichnetes Gesetz gilt Russisch seit 2012 in acht beziehungsweise neun Regionen des Landes (die neunte Region ist die Krim, die seitdem de facto von ukrainischem in russisches Staatsgebiet übergegangen ist) als *regionale Amtssprache*, darunter auch in Odessa (*Gesetz über die Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik*, No. 5029-VI). Ukrainischen Nationalist_innen war das ein Dorn im Auge. Nach dem Majdan stimmte das Parlament als eine seiner ersten Handlungen für die Abschaffung dieser Regelung, Übergangspräsident Turčinov unterzeichnete das entsprechende Gesetz am Ende aber nicht. In dem im September 2017 vom Parlament verabschiedeten Bildungsgesetz (*Gesetz über die Bildung*, No. 2145-VIII) taucht in Art. 7, Abs. 1 erstmals ein Passus über die Unterrichtssprache auf, der als Sprache des Bildungsprozesses in Bildungseinrichtungen die Staatsprache (also Ukrainisch) vorschreibt. Die Gesetze reihen

sich ein in ein Bündel antirussischer Maßnahmen. Präsident Petro Porošenko erfüllte als eine zentrale Forderung der Demonstrierenden auf dem Majdan die *Lustration*, also die Entfernung von „politisch belasteten“ Mitarbeiter_innen aus dem öffentlichen Dienst. Ein entsprechendes Gesetz unterzeichnete er noch 2014. Das Gesetz betrifft Beamte, die in der Regierungszeit unter Präsident Viktor Janukovyč hohe Ämter innehatten, ebenso ehemalige Kommunist_innen – also alles, was russisch oder gar noch sowjetisch anmutet. Gleichzeitig läuft seit dem Regierungssturz 2014 ein Prozess der *Dekommunisierung*. Nachdem erst spontan in einer später „Leninopad“ – „Leninsturz“ genannten Aktion zwischen Dezember 2013 und Februar 2014 rund 300 kommunistische Denkmäler von Unbekannten gestürzt wurden, legalisierte das Parlament diesen Prozess im Mai 2015 mit dem *Gesetz über die Verurteilung kommunistischer und nationalsozialistischer (nazistischer) totalitärer Regimes und das Verbot der Propaganda ihrer Symbole*, No. 317-VIII. Das Gesetz sieht vor, dass zahlreiche Denkmäler abgebaut sowie Orte und Straßen mit den Namen von KP-Funktionären oder Bezeichnungen wie *Sozialistische Revolution* umbenannt werden müssen. Fast 1.000 Dörfer und Städte werden nach Abschluss des Prozesses ihren Namen geändert haben. Sowjetische Symbole wie Hammer und Sichel, aber auch der fünfzackige Stern, dürfen nicht mehr gezeigt werden. Selbst Karl Marx fällt als Begründer der marxistischen Ideologie und Koautor des Kommunistischen

Manifests unter das Verdikt - seine Ehrung und die Erinnerung an ihn sei direkt mit der Errichtung der Sowjetmacht und der Tätigkeit der Kommunistischen Partei verbunden.

Art. 1, Abs. 4 verbietet „die Symbolik des kommunistischen totalitären Regimes“, dazu zählen auch „b) die Hymnen der UdSSR, der Ukrainischen SSR (USSR), anderer Unions- oder autonomer Sowjetrepubliken, auch auszugsweise“. Womit nicht nur die Autorin gegen geltendes ukrainisches Recht verstoßen hätte und mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren rechnen müsste, auch praktisch sind russische Staatsbesuche in der Ukraine nicht mehr möglich. Die Melodie der russischen Nationalhymne ist die der Sowjethymne – das Abspielen somit strafbar.

[1] „Pro-russisch“ und „pro-ukrainisch“ stehen hier als vereinfachte Zusammenfassung für mehrere Merkmale, zu denen unter anderem kulturelle Einflüsse, kirchliche Zugehörigkeit, die bevorzugte Sprache, das Wahlverhalten sowie Schwerpunkte in den Erinnerungskulturen zählen.

Über die Autorin:

Juliane Niklas ist Slawistin und arbeitet als Referentin für Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien beim Bayerischen Jugendring.

Wann endete in Polen der Kommunismus?

Konkurrierende Deutungen der polnischen Transformationsgeschichte

Von Florian Peters

„Vor einer Woche endete in Polen der Kommunismus.“ Diese frohe Botschaft verkündete der damalige polnische Innenminister Mariusz Błaszczak seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern kurz nach Weihnachten 2017 im Radio. Auf den ersten Blick mag dieses Statement absurd erscheinen. Unter den Politikern und Anhängern der nationalpopulistischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist Błaszczak mit dieser Ansicht aber keineswegs allein. Sie vertreten ernsthaft die Position, erst mit den umstrittenen Justizreformen der gegenwärtigen Regierung seien die letzten Reste des Kommunismus aus dem polnischen Staatswesen getilgt worden. Um dessen Präsenz auch aus dem öffentlichen Raum der polnischen Städte und Gemeinden zu verbannen, erachtete das Regierungslager es sogar für notwendig, ausgerechnet am 1. April 2016 ein Gesetz zur Dekommunisierung von Straßennamen und Denkmälern zu verabschieden – obwohl es in Polen ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft weder an Denkmälern des polnischen Papstes Johannes Pauls II. noch an Piłsudski-Straßen mangelt.

Verständlich wird der antikommunistische Furor der polnischen Rechtsregierung erst, wenn man sich den tiefen Graben vor Augen führt, der die polnische Gesellschaft in der Deutung der jüngsten Vergangenheit in zwei Hälften spaltet. Der doppelte Übergang vom Staatssozialismus zur parlamentarischen Demokratie und von der Planwirtschaft zum Kapitalismus war für viele Menschen östlich der Oder mit schmerzhaften lebensweltlichen Einschnitten verbunden, die anders als in der ehemaligen DDR nicht durch milliardenschwere Sozialtransfers aus dem Westen abgefedert wurden. Dagegen konnten andere Polinnen und Polen die neuen Chancen für sich nutzen. Sie erlebten die Transformation als persönliche Erfolgsgeschichte. Deshalb stellen die Erfahrungen dieser Zeit bis heute einen emotional und politisch höchst aufgeladenen Gegenstand individueller und kollektiver Erinnerungen dar, die sich mit dem kontinuierlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den letzten beiden Jahrzehnten keineswegs erledigt haben.

Selbstbefreiung vom Kommunismus: Triumph oder Fehlschlag?

In der polnischen Öffentlichkeit stehen sich zwei Deutungen der Transformationsgeschichte unversöhnlich gegenüber: Die Liberalen verklären das Ende der Volksrepublik als Sieg der Freiheit über das sowjetische Joch. Der Runde Tisch zwischen Regime und Opposition sowie die ersten teilweise freien Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 gelten ihnen als krönender Abschluss des Kampfes der demokratischen Oppositionsbewegung, der 1980 mit dem Streik auf der

Danziger Leninwerft und der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność begonnen hatte. Dagegen wirft die national-populistische Rechte den linksliberalen Oppositionseliten vor, sie hätten am Runden Tisch gemeinsame Sache mit den Kommunisten gemacht und grünes Licht für die Selbstbereicherung der Nomenklatura gegeben. Die erhoffte antikommunistische Revolution sei durch diesen Verrat vereitelt worden und müsse nun endlich nachgeholt werden, und sei es nur symbolisch.

Beide Lager interpretieren das Ende des polnischen Staatssozialismus also als geradlinigen Weg einer nationalen Selbstbefreiung, in der Gorbatschows Perestrojka, die wirtschaftliche Implosion des Ostblocks und andere externe Einflussfaktoren allenfalls am Rande vorkommen. Die konkurrierenden Großerzählungen unterscheiden sich lediglich darin, dass sie die Selbstbefreiung vom Kommunismus einerseits als erreicht, andererseits als misslungen betrachten. Folglich behaupten nationalkonservative Historiker wie der von der PiS-Regierung berufene neue Chef des Instituts des Nationalen Gedenkens Jarosław Szarek, der Kommunismus habe seinen Untergang als politisches System doch irgendwie überdauert: „Nach 1989 wurde die Dekoration geändert, aber die Instrumente [der Macht] blieben in der Hand von Leuten des alten Systems.“

Da es der PiS-Regierung politisch zupass kommt, den liberalen Eliten der 1989 entstandenen Dritten Republik ihren angeblich fehlenden Bruch mit dem kommunistischen Unrechtsregime vorzuhalten, greift sie

diese Deutung offensiv auf. Selbst Ikonen der demokratischen Opposition wie der Nobelpreisträger und spätere Staatspräsident Lech Wałęsa werden in den regierungstreuen Staatsmedien als Verräter attackiert. Im Falle Wałęsas wird dies durch jüngst aufgefundene Dokumente der polnischen Staatssicherheit erleichtert, die belegen, dass der damals 27-jährige, politisch unerfahrene Elektriker sich nach der blutigen Niederschlagung der Danziger Unruhen von 1970 kurzfristig auf eine Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei einließ. Diese Episode aus den frühen 1970er Jahren wird nun benutzt, um die spätere politische Rolle des Gewerkschaftsführers zu diskreditieren. Auch der unter maßgeblicher Beteiligung Wałęsas am Runden Tisch ausgehandelte Kompromiss soll in diesem Lichte als Teil einer von den kommunistischen Geheimdiensten gesteuerten fassadenhaften Demokratisierung erscheinen.

Schocktherapie statt friedlicher Revolution

Allerdings erschöpft sich die konservative Version der Transformationsgeschichte nicht in verschwörungstheoretischen Mutmaßungen. Vielmehr greift sie einige augenfällige Widersprüche der triumphalistischen liberalen Erfolgsgeschichte auf. Diese lässt nämlich unter den Tisch fallen, dass die 1980 eingeforderte Solidarität und die 1989 errungene Freiheit eben doch nicht ganz genau dasselbe waren. Zwar rekrutierte sich die Regierung des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, die den politischen und

ökonomischen Systemwechsel einleitete, überwiegend aus den intellektuellen Beraterkreisen der Solidarność. Zumindest in wirtschaftspolitischer Hinsicht konnte sie sich aber nicht guten Gewissens auf deren ideelles Erbe berufen.

Denn die Solidarność von 1980/81 war alles andere als ein Lobbyverein angehender Kleinaktionäre, die nur darauf warteten, dass endlich der Kapitalismus in Polen Einzug halten würde. Ganz im Gegenteil: Als gewerkschaftliche Massenbewegung, die sich in erster Linie auf die Arbeiterschaft in der staatssozialistischen Großindustrie stützte, richtete sie sich gerade gegen die Ansätze einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, die im Laufe der 1970er Jahre durch die Wirtschaftspolitik der polnischen Kommunisten unter Edward Gierek entstanden waren. Zur Lösung der enormen wirtschaftlichen Probleme setzte sie nicht etwa auf Konkurrenz und Marktkräfte, sondern auf Kollektivismus und Verteilungsgerechtigkeit. Während die Privatisierung der staatlichen Industriebetriebe damals völlig undenkbar war, orientierte sich die Gewerkschaft an jugoslawischen Modellen der Arbeiterselbstverwaltung. Erst die Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 machte diese Hoffnungen jäh zunichte.

Knapp acht Jahre später, nach dem überraschenden Wahlsieg der demokratischen Opposition, waren die wirtschaftspolitischen Ideen von 1980/81 nur noch Erinnerungen aus grauer Vorzeit. Dass die aus der Opposition hervorgegangene Regierung Mazowiecki sich für die von Vizepremier Leszek

Balcerowicz propagierte radikale Schocktherapie nach neoliberaler Muster entschied, mochte nach Lage der Dinge alternativlos gewesen sein oder auch nicht – es kam jedenfalls einem eklatanten Bruch mit dem Erbe der Solidarność-Bewegung gleich. Hinzu kommt, dass dieser Bruch nicht offen diskutiert, sondern über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg vollzogen wurde. Anders als in der Tschechoslowakei oder der DDR ging der Systemwechsel in Polen ohne wesentliche Impulse von unten, ohne Massendemonstrationen und revolutionäre Aufbruchstimmung über die Bühne. Nicht ohne Grund spricht dort kaum jemand von einer „friedlichen Revolution“, wenn er den rasanten Wandel von 1989 meint. Die neuen demokratischen Eliten zeigten wenig Interesse an demokratischer Partizipation und Empowerment, wie der bekannte Publizist Marcin Król kürzlich in einer vielbeachteten Selbstkritik mit dem pointierten Titel „Wir waren dumm“ eingestand. So fühlten sich weite Teile der Gesellschaft beim Sprung ins kalte Wasser des neoliberalen Kapitalismus alleingelassen.

Nachholender Antikommunismus als Geschichtspolitik

Die inneren Widersprüche der liberalen Erzählung vom glorreichen Sieg über den Kommunismus und ihr Desinteresse an den vielfältigen Erfahrungen individuellen und kollektiven Kontrollverlusts während der Transformation machten es der nationalpopulistischen Rechten leicht, sich die latente Sehnsucht nach sinnstiftenden Deutungsangeboten für ihre Zwecke nutzbar

zu machen. Indem sie den Zäsurcharakter von 1989 leugnet und die vermeintlich ausgebliebene antikommunistische Revolution symbolisch nachholt, spricht die PiS-Regierung keineswegs nur ökonomische Verlierer der Transformation an. Vielmehr kommt ihre Geschichtspolitik den durch den langjährigen Wirtschaftsboom gestiegenen Ansprüchen vieler Polinnen und Polen an kulturelle Deutungshoheit und kollektive Anerkennung entgegen.

Um die gegenwärtige politische Spaltung der polnischen Gesellschaft zu überwinden, führt deshalb kein Weg daran vorbei, sich sowohl von der liberalen Triumphgeschichte als auch vom nationalistischen Verratsmythos zu verabschieden. Ein vielschichtigeres Bild der Transformationszeit wird jedoch nichts daran ändern, dass der Kommunismus in Polen spätestens im Sommer 1989 politisch, wirtschaftlich und ideell am Ende war.

Über den Autor:

Florian Peters, Dr. phil., ist Historiker und arbeitet in der Berliner Forschungsabteilung des Instituts für Zeitgeschichte. Seit seiner Dissertation (Revolution der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtskultur des spätsozialistischen Polen. Berlin: Ch. Links 2016) befasst er sich mit Geschichtspolitik und Erinnerung in Polen. Gegenwärtig forscht er zu ökonomischen Leitbildern in der polnischen Transformationszeit.
E-Mail: peters@ifz-muenchen.de

Ungarn: Entliberalisierung des Demos und die Neuordnung Europas

Von Magdalena Marsovszky

Einleitung

Seit 2016 versuchen immer mehr liberale Intellektuelle, die nach ihrem Selbstverständnis demokratische Opposition dazu zu bewegen, eine Wahlkoalition mit der rechtsradikalen Partei Jobbik zu bilden, um bei den Parlamentswahlen 2018 die Regierung ablösen zu können. Denn – so ihre Begründung – das neue Wahlgesetz der seit 2010 amtierenden Regierungskoalition, bestehend aus der Fidesz-Bürgerunion und der Christlich Demokratischen Volkspartei (KDNP) – nach dem Prinzip *The winner takes it all* – ließe der Opposition keine andere Möglichkeit, als sich zusammenzuschließen. Dieser Argumentation schlossen sich auch manche der jüdischen Gemeinden, ja selbst die berühmte Philosophin Agnes Heller, an, und meinen zudem, Jobbik hätte sich gewandelt, die Partei sei nicht mehr so rassistisch wie früher. Kann das stimmen? Oder gibt es etwas, was die Befürworter einer solchen Koalition nicht sehen?

Meine These

Die These meiner Arbeit ist es, dass die Bildung einer Koalition mit Jobbik deshalb nicht als gefährlich wahrgenommen wird, weil sowohl die Wissenschaft als auch der alltägliche Diskurs von der tradierten, orthodox-marxistischen Krisentheorie beherrscht werden: In der seit dem

Realsozialismus gebräuchlichen Auffassung werden die Ursachen von gesellschaftlichen Krisen allgemein im sozioökonomischen Bereich gesucht. Der Ethnonationalismus und der Rassismus, sowie die Idee von der *Neugeburt der Nation, des Volkes oder des Ariertums* (Palingenese), die eigentlichen Triebkräfte der Faschisierung, werden dabei ausgeblendet. (Griffin 1993: 26; ders.: 2007) Der Ethnonationalismus und der Rassismus wurden auch im Realsozialismus nicht nur als etwas Nebensächliches angesehen, sondern der Realsozialismus war vielmehr ebenfalls selbst national und vom rassistischen Blick durchdrungen. Nach der damals gängigen Geschichtsauffassung, die die gesamte Zeit des Realsozialismus begleitete, wurden selbst für den Holocaust als Hauptursache nicht der Nationalismus und der Rassismus verantwortlich gemacht, sondern die anti-kommunistischen Ressentiments. Nach der in der kulturellen Erinnerung noch immer fest verankerten Dimitroff-Formel (1935), die den Faschismus als die *terroristische Diktatur [...] des Finanzkapitals* definierte, wurden *Faschismus, Kapitalismus, bzw. Finanzkapital* zu Synonymen.

Krisentheorie und Methoden der Krisenanalyse der gegenwärtigen Opposition in Ungarn

Als Erbe des Realsozialismus wird die Krisentheorie auch heute vom ökonomistisch-reduktionistischen Zugang beherrscht, wodurch der Nationalismus und der zunehmende Rassismus nicht in ihrer Virulenz wahrgenommen werden. Vielmehr führt die althergebrachte antikapitalistische

Argumentation erneut zur Festigung des rassistischen Blicks, weil die Konstruktion des Feindbildes des *Finanzkapitalisten* oder *Finanzoligarchen* selbst antisemitisch ist.

Gesellschaftliche Entwicklungen werden noch immer vor allem als eine Folge von wirtschaftlichen Entwicklungen und Kapitalbewegungen gedeutet, während der reflexive Zugang zur Gesellschaftskritik größtenteils fehlt. In der dualistischen Gesellschaft agiert die jeweilige Opposition gegen die jeweilige Regierung seit der Wende im Sinne eines Klassenkampfes und im Namen eines *schutzlosen Volkes* gegen eine kapitalstarke, ausbeuterische Elite. Das ist eine völkische Argumentation.

Exemplarisch dafür steht die Publikationsreihe *Die ungarische Krake. Der postkommunistische Mafiastaat*, mit Studien sozialliberaler Intellektueller, die den Ursprung der Krise in der *ungerechten originären Kapitalakkumulation* zur Zeit der Wende sehen (Magyar/ Vásárhelyi 2013, 2014, 2015). Nach ihrer Konzeption umklammere und erdrücke die Orbán-Regierung wie eine *Mafia* von Oben die Gesellschaft mit ihren Krallen. Sie sei nicht per se rassistisch, vielmehr habe sie gar keine Ideologie, sondern sie brauche den Faschismus und die rechtsextremen Organisationen zu ihrem Machterhalt.

Der Ausdruck *Mafiaregierung* war nach der Wende zuerst 1992 vom rechtsextremen Politiker István Csurka (1934-2012) benutzt worden, und auch Viktor Orbán beschimpfte noch als Oppositioneller die vormalige

Gyurcsány-Regierung als *Mafia*.

Jetzt verbreitete sich wieder einmal der Begriff *Mafiaregierung* und *Finanzoligarchie* wie ein Lauffeuer als Versuch der Beschreibung der gegenwärtigen Krise im Land. Dass die Autor_innen aber sowohl mit der Konzeption als auch mit dem Titel in die gefährliche Nähe des antisemitischen Stilmittels der *Krake über dem Erdball* – in Anspielung auf das Klischee vom *weltumspannenden und erdrückenden Judentum* – gelangen, fiel weder ihnen noch den Herausgeber_innen auf.

Die Konzeption der *Mafiaregierung* machen sich jedoch auch die Rechten weiterhin zu eigen, weil sie sich ebenfalls zum ausgebeuteten Volk zählen. Entlang dieser Argumentationslinie entstehen unheimliche Allianzen. Inzwischen agieren Sozialisten, Liberale, Grüne und Rechte zusammen *im Namen der Nation und des Volkes* gegen die *finanzkapitalistisch-parasitäre Mafiaregierung* und das *spekulative Finanzkapital* mit Viktor Orbán an der Spitze, der deshalb außer mit der antisemitischen Metapher der *Krake* nicht selten auch mit der des antisemitischen Stereotyps des *Judenschweins* oder der *Spinne* dehumanisiert wird.

Das politische Links und Rechts sind durcheinander, vereint im antisemitischen Antikapitalismus, während der Rassismus nicht erkannt wird. Der Begriff *völkisch* hat auch keine negative Konnotation. Der Kampf richtet sich gegen das gemeinsame Feindbild des *Finanzoligarchen Orbán*, statt für die Demokratie und Menschenrechte.

Dabei bleibt die spirituell-esoterische Dimension in der Ideologie der Regierung und Jobbik unbeachtet.

Grundrisse der Ideologie der Fidesz-KDNP-Regierung und der Partei Jobbik

Sowohl die Regierungsparteien als auch Jobbik vertreten eine völkische Ideologie, wobei sich die Regierung völkisch (ung.: *népnemzeti*), während sich Jobbik *traditionalistisch* nennt.¹

Das völkisch-nationale Konzept geht von der Existenz einer nationalen oder übernationalen Volksgemeinschaft als *Rassengemeinschaft* aus und hat das *nationale, volksgemeinschaftliche Erwachen* zum Ziel. Das Konzept des Traditionalismus geht von der Existenz eines übernationalen, *nordischen Ariertums* aus und hat das *Erwachen des weißen arischen Menschen als kulturüberlegene Rasse* zum Ziel. Obwohl beide oft christlich argumentieren, haben wir es in ihnen mit neuheidnisch-esoterischen Ideologien zu tun (quasi mit einer *Religion der Rasse*). Beide Ideologien haben ihre geschichtlichen Wurzeln im Europa der Nachaufklärungszeit.

¹ Grundlage meiner Aussagen sind meine eigenen Forschungen in Bezug auf mein gerade entstehendes Buch mit dem Arbeitstitel: *Die Erfindung und Okkultisierung des Magyarentums. Entwicklung der völkisch-esoterischen Identitätssuche als Gegenkultur und Modernisierungsabwehr mit einem besonderen Blick auf zwei mitteleuropäische Parallelmythen: den Gralsmythos und den Kronenmythos.*

Die *völkische Ideologie* entwickelte sich aus dem Ethnonationalismus ab Anfang des 19. Jahrhunderts und verbreitete sich als Wissenstransfer aus dem deutschen Sprach- und Kulturraum nach Mittel-Osteuropa, so auch nach Ungarn. Hierher gehört auch der heute in Ungarn wieder aufflammende und von der Orbán-Regierung geförderte Turanismus als Erbe der so genannten Panturkbewegung aus dem 19. Jahrhundert.

Der *Traditionalismus* als Grundlage des Faschismus entwickelte sich – ausgehend aus dem französischen und italienischen Sprachraum – ab der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seine Protagonisten gehen davon aus, dass es eine ewig gültige Philosophie, ein Geheimwissen der alten Zeit gäbe, das immer wieder für die Gegenwart aktualisiert werden müsste. Die Traditionalisten glauben, dass die Geschichte einen zyklischen Verlauf hätte: Die Völker, die sich vom *urgöttlich-arischen Spiritualismus* entfernen, degenerieren sich und versinken im Reich der Finsternis, im *Kali Yuga* (aus der hinduistischen Kosmologie), den sie nur durch den *arischen Kampf* überwinden können. Der *arische Kampf* bedeutet das Erwachen, oder die *Neugeburt* durch *Erleuchtung* und *Reinkarnation*, wodurch schon im Diesseits und mit Hilfe eines *göttlich-spirituellen Führers* erneut der *urgöttliche Spiritualismus* mit dem *Neuen Menschen*, bzw. *der neuen arischen Rasse* erreicht werden könne.

Gemeinsam beider Ideologien ist ein heidnisch-okkultes Mystizismus, in dem *das Blut, der Boden, die Nation, das Volk, die*

Topographie, die Rasse und das *Nordische Weiß-Sein* als Gottheiten spiritualisiert werden. Diese Spiritualisierung führt zur Verfestigung des Dualismus, in dem das vermeintlich *urspirituell Göttliche* als *lebenswert* und dessen moralischer Gegenpol als *lebensunwert* eingestuft werden. Letztere zählen dann als *Volksverräter* oder *Entartete* zu den nicht erhaltungswürdigen, durch *Rassenmischung* entstandenen kastenlosen *niederwertigen Menschen* (aus ind. Chandala - Rasse der Ausgestoßenen).

Der erste Vertreter des Traditionalismus in Ungarn war der kulturphilosophisch orientierte Literat, Béla Hamvas (1897-1968), heute einer der meist gelesenen Autoren im Land. Sowohl die Orbán-Regierung als auch Jobbik halten ihn für ihren ideologischen Vordenker. Bereits die erste Orbán-Regierung (1998-2002) hatte ein Hamvas Institut ins Leben gerufen, um dessen unaufgearbeitetes Oeuvre zu publizieren. Durch Hamvas wiederum wurde in Ungarn der heute meist erwähnte Ideologe des traditionalistischen neofaschistischen europäischen Netzwerkes, Berater Mussolinis und ideologischer Vordenker Himmlers, der Kulturphilosoph, Julius Evola (1898-1974) bekannt. Der Chef von Jobbik, Gábor Vona bezieht sich auch in neuester Zeit explizit auf ihn (Havas 2017).

Ob Hamvas selbst Evola kannte, ist nicht gesichert, sie könnten sich aber begegnet sein, da – nach den Angaben des ungarisch-sprechenden italienischen Chefs des europäischen Traditionalisten-Netzwerkes, Claudio Mutti (*1946) – Evola zwischen 1936 und 1942 im Zuge seiner *missionarischen Reise*

in den Osten mehrmals in Ungarn Vorträge hielt (Sessa). Auch Hamvas plädierte für die Vereinigung des *deutschen* und *italienischen* Geistes und war von *beiden rechten, nationalrevolutionären Völkern* angetan (Balbino 1942: 123).

Jobbik und Vona gehören – zusammen mit dem russischen Philosophen Alexander Dugin (*1962) – zum europäischen Netzwerk der Traditionalisten. Vona besuchte 2013 das von Dugin 2008 gegründete Center for Conservative Research in Moskau (Rossman 2015: 63, 68), er ist ein Anhänger von Dugins Eurasianismus-Konzept (Laruelle 2015: 18).

Von Seiten der Regierung Ungarns kann eine direkte Kooperation mit dem Traditionalisten-Netzwerk nicht nachgewiesen werden, wohl aber die ideologische Nähe. Die Chefideologin der Orbán-Regierung, die Historikerin, Dr. Maria Schmidt, nennt in ihrem neuesten Buch den Traditionalismus als wünschenswerte *neue Gegenkultur* und lobt den Ministerpräsidenten, weil er ein *stolzer Vertreter des gegenkulturellen Traditionalismus* sei (Schmidt 2017: 222).

Auch der Traditionalist Hamvas beklagte den Verlust des urgöttlich-arischen Spiritualismus und fasste die *Humanisierung der Menschheit als Entartung* auf. Wie Evola, lehnte auch Hamvas die Modernität und die Demokratie als materialistische Lebensform ab, hegte Ressentiments gegen westliche Ideale und stellte ihr die nordisch-geistige Hierarchie entgegen. So unterschied auch er zwischen den *Lebenswerten* und

Lebensunwerten. Zu den Lebenswerten gehörte für ihn die New Race, die neue Menschenrasse (Hamvas 1943: 28). Zu den Lebensunwerten, den Tschandalas gehörten für ihn einerseits *die Zigeuner*, andererseits die *parasitäre, korrupt verweltlichte Elite*.

Entgegen der gängigen Meinung sind weder die Fidesz-Regierung noch Jobbik europafeindlich. Sie wollen vielmehr die Neuordnung Europas nach dem Prinzip eines *Europa der Nationen*, das ein faschistisches Konzept ist (Griffin 1993:171). Für beide bedeutet die *hl. Krone* das Sinnbild des ethnisch-rassistischen Zusammenhalts und einer kulturellen Hegemonie. Beide streben einen gegenmodernen, antiuniversalistischen, antiindividualistischen, stark neuhaidnisch-spirituell orientierten, männlich-hierarchischen Führerstaat an, in dem die Offenheit und der Liberalismus als *Feinde der Ordnung* mit dem Chaos gleichgesetzt werden. Der gemeinsame Feind dieser Ideologie ist der *Demos*, das heißt, die Diversität, der Pluralismus, die Menschenrechte, mit einem Wort: die Demokratie. Sollten die Oppositionsparteien mit Jobbik eine technische Wahlkoalition schließen, würden sie die demokratiefeindlichen Tendenzen legitimieren.

Geschlossene Gesellschaft – Offene Gesellschaft

Die in Ungarn weit verbreitete ethnische Homogenität automatisiert mit ihrer exkludierenden Dimension den Rassismus, und zwar nicht erst, seit dem die Orbán-Regierung an der Macht ist.

Nach dem Politikwissenschaftler Péter Tölgyessy sei Ungarn in der ganzen Region am stärksten antikapitalistisch eingestellt, viel stärker als die Ukraine oder Russland. Bereits 2009, also vor dem großen Wahlsieg der Fidesz-Regierung, hatten Erhebungen gezeigt, dass die Bevölkerung bis zu 80 Prozent kapitalismus- und bankenfeindlich eingestellt sei und allgemein den Wunsch nach einer *drastischen Bestrafung der (internationalen, raffenden) Banken* gehabt hätte². Dies kann als *antikapitalistischer Antisemitismus* bezeichnet werden. Auch die antiziganistische Einstellung liegt in Ungarn seit Jahrzehnten durchgehend etwa bei 80 Prozent (Marsovszky 2015). Eine Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung wies Ungarn einen führenden Status hinsichtlich der Menschenfeindlichkeit in Europa nach (Zick et al.: 2011). Ungarns Gesellschaft dürfte somit als eine weitgehend geschlossene bezeichnet werden.

Es wären dringend Gegenstrategien zur Öffnung der Gesellschaft notwendig. Sie könnten in Form von antirassistischen Sensibilisierungskursen erfolgen, oder aber in Form von frei verfügbaren Aufklärungspublikationen nach dem Muster der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Fassung eines Textes der Autorin. Der Text wurde im Dezember 2017 von der Friedrich Ebert Stiftung

² Allerdings erwähnt Tölgyessy den Begriff Antisemitismus dabei nicht.

Budapest in der Reihe „Analyse“ erstmals abgedruckt. Wir danken der Autorin für die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Über die Autorin:

Magdalena Marsovszky wurde in Ungarn geboren. Sie arbeitet als freie Kulturwissenschaftlerin und Lehrbeauftragte der Hochschule Fulda. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: integrale Tradition, völkische Esoterik sowie Antisemitismus und Antiziganismus in Ungarn.

Literatur

- Roger Griffin: *The Nature of Fascism*, London 1993.
- Ders.: *Modernism and Fascism. The Sense of a Beginning under Mussolini and Hitler*. New York 2007.
- Béla Hamvas: Giuliano, Balbino: *Latinität und Deutschtum*. Köln 1941. Rezension in: *Társadalomtudomány (Gesellschaftswissenschaft/Zeitschr.)*, 1/ 1942. 123.
- Béla Hamvas: *A vízöntő (Der Wassermann)*, in: *Láthatatlan történet (Unsichtbare Geschichte/ Essaysammlung)*. Budapest 1943. 5 - 32.
- Henrik Havas: *Vona Gábor – Újratervezés (Gábor Vona - Neuplanung)*. Budapest 2017.
- Marlene Laruelle: *Dangerous Liaisons. Eurasianism, the European Far Right, and Putin's Russia*, in: Laruelle: a.a.O. London 2015. 1-32.
- Bálint Magyar/ Júlia Vásárhelyi (Hg.): *Magyar polip. A posztkommunista maffiaállam (Die ungarische Krake. Der postkommunistische Mafiastaat)*, I., II., III., Budapest 2013, 2014, 2015.
- Magdalena Marsovszky: *Verfolger und Verfolgte. Antiziganismus in Ungarn*. Leipzig 2015.
- Claudio Mutti: *Le missioni di Evola all'Est*, in: *Vie della Tradizione n. 168-169. Atti del Convegno Julius Evola. Antimodernità, tradizione e scienza dell'io* Sabato 21 giugno 2014. Rezension von Giovanni Sessa: <http://www.fondazionejuliusevola.it/Documenti/Vie%20della%20Tradizione.pdf> (11.12.17).
- Vadim Rossmann: *Moscow State University's Department of Sociology and the Climate of Opinion in Post-Soviet Russia*, in: LARUELLE, Marlene (Hg): *Eurasianism and the European Far Right: Reshaping the Europe –Russia Relationship*. New York u.a. 2015. 55 - 76.
- Mária Schmidt: *Nyelv és szabadság (Sprache und Freiheit)*. Budapest: Közép- és Kelet-Európai Történelem és Társadalom Kutatásáért Közalapítvány 2017. 222.
- Mark Sedgwick: *Against the Modern World: Traditionalism and the Secret Intellectual History of the Twentieth Century*. New York 2004.
- Peter Tölgyessy im Interview: https://www.youtube.com/watch?v=aYzDV_IPbvo (11.12.17)
- Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann: *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin, 2011.

„25 Jahre Systemtransformation in Osteuropa“

Von Lucas Frings

2015 liegt der Systemumbruch in den Ländern Mittel- und Osteuropa rund 25 Jahre zurück. Dieser Abstand bietet die Möglichkeit erste Schlüsse über die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen seitdem in der Region und ihren einzelnen Ländern zu ziehen.

Der vorliegende Sammelband ist zum größten Teil das Produkt eines Seminars im Masterstudiengang „Politik in Europa“ an der TU Chemnitz, welches Thieme im Format einer wissenschaftlichen Tagung konzipiert hatte. Die elf Beiträge bieten vielfältige Zugänge zur Beurteilung von Transformationsprozessen. Manche fokussieren sich auf ein Land, andere stellen Vergleiche zwischen mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas an.

Am Beispiel von Ungarn der 2010er-Jahre widerspricht Laura Stellbrink der These vom „Tod des Intellektuellen“, der nach populärer Annahme mit dem Ende des 20. Jahrhunderts und dessen Extremen eingesetzt habe. Dafür zeichnet sie eine kurze Geschichte der demokratisch-oppositionellen Intellektuellen nach. Nach 1989 hatte der gesellschaftliche Einfluss von diesen zunächst abgenommen, u.a. da für die Bevölkerung nun „die Kompetenz der Politiker, die Probleme des Alltags lösen zu können, und nicht die Fähigkeit der Intellektuellen, sich mit abstrakten Werten der Gesellschaft auseinanderzusetzen“ (S.28) zählte.

Für Stellbrink fällt durch die Einschränkung der öffentlichen Meinung, durch nationalistische Politik und das Mediengesetz von 2010, den Intellektuellen wieder eine bedeutendere Rolle zu, sie sprechen nun für diejenigen, die nicht mehr sprechen dürfen.

Wie sich Mediensysteme im Transformationsprozess verhalten beleuchtet Robert Steudtner in seinem Beitrag. In einem Vergleich von Radio, Fernsehen und Printmedien der Tschechien Republik und Bulgarien untersucht er die Verknüpfungen von Politik und Medien auf dem Weg zur Etablierung eines demokratischen und pluralistischen Mediensystems. Die These, dass ein Systemwechsel der weitestgehend von alten Eliten getragen wird – wie in Bulgarien – zu einer stärkeren Bindung von Medien und Staat führt als im Falle eines Umbruchs „von unten“ – wie in Tschechien – bestätigt sich dabei nur bedingt. Dies liegt vor allem am starken Einfluss des tschechischen Parlaments auf die Kontrollgremien des Rundfunks. Dennoch ist dort der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteur_innen deutlich höher als in Bulgarien. Die Printlandschaften haben sich in beiden Ländern weitestgehend vom Staat entkoppelt, mit dem Unterschied, dass in Tschechien teilweise Redaktionen in der Lage waren ihre Blätter eigenständig zu privatisieren, während in Bulgarien ausschließlich ausländische Investor_innen die Boulevardisierung voran treiben.

Einen innovativen Ansatz zur institutionellen Stabilisierung von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa entwirft Thomas Meißner mit seinen Vorschlägen zu

automatischen Regelungen, also sich selbst anpassenden technischen Elementen eines Wahlsystems. Anzahl und Größe der Wahlkreise, Sperrklauseln wie eine Prozent-Hürde, die Parlamentsgröße sind nach Meißner die relevantesten Faktoren an denen ein Wahlsystem verändert werden kann. Um die Koalitionsfindung zu erleichtern ließe sich etwa eine über die maximale Anzahl im Parlament vertretener Parteien definierte automatische Sperrklausel installieren. In einer Simulation demonstriert er anhand von Wahlergebnissen aus Litauen und Tschechien Anpassungsmöglichkeiten und informiert gleichzeitig über die Wahlsysteme der beiden Länder.

Daniel Kleines Vergleich der EU-Integrationsfortschritte von Ländern des ehemaligen Jugoslawiens sowie Albanien beruht auf der Annahme, dass die Perspektive eines baldigen EU-Beitritts ein wichtiges Element der Stabilisierungsstrategie für die Region sei. Die wirtschaftliche Situation der Länder ist jedoch, in Augen der EU-Kommission, aufgrund hoher Staatsverschuldung, struktureller Arbeitslosigkeit und hoher Jugendarbeitslosigkeit ein zentrales Hindernis für einen Beitritt. Aber auch die Lage von Minderheiten und ethnische Konflikte oder der anhaltende Namensstreit Mazedoniens mit Griechenland erschweren einen Beitritt. Der informative Artikel behält auch 2018 weitestgehend seine Gültigkeit. Neu ist lediglich der Antrag auf EU-Mitgliedschaft Bosnien-Herzegowinas vom Februar 2016 und der langsame Fortschritt der Verhandlungskapitel Montenegros und Serbiens.

Die Beziehung zwischen EU und postkommunistischen Staaten während der Transformation betrachtet Liza Ruschin anhand mehrerer Hypothesen unter den Gesichtspunkten von Intergouvernementalismus, Europäisierung, der Wirtschaftskraft der Transformationsstaaten und Demokratieförderung. Beispielhaft sei hier die Rolle der Eliten während der Beitrittsverfahren aufgeführt. Dadurch, dass sowohl „alte“ als auch „neue“ Eliten der jeweiligen Staaten die EU-Osterweiterung aushandelten, ließ sich ein Konsens der Elitengenerationen schließen, der dem reformierten System Stabilität verleiht. Gleichzeitig führt dieser Elitenpakt aber auch zu Skepsis in der Bevölkerung und kann Regierende und Regierte auseinandertreiben.

Einen empirischen Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung in sechs mittel- und osteuropäischen Staaten nimmt Dajana Richter vor und untersucht ob es sich dabei um – dem westeuropäischen Trend entsprechend – alternde, schrumpfende Gesellschaften handelt. Sind sie aktuell noch relativ jung, wird sich Mittel- und Osteuropa „innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre vom jüngsten in den ältesten Teil Europas verwandeln“ (S.99). In der Prognose ist Tschechien das einzige Land mit leicht zunehmender Bevölkerung. Während Polen, die Slowakei und Estland leicht sinkende Einwohner_innenzahlen zu erwarten haben, ist der Trend für Lettland und Litauen deutlich drastischer. Der aktuellen Entwicklung folgend wird etwa Litauen bis 2030 annähernd 20% seiner Bevölkerung verlieren.

Der Stabilität des autokratischen Regimes von Belarus widmet sich Jeanette Wilfer und benennt Legitimität, Repression und Kooptation als die drei tragenden Messfaktoren des Machterhalts Alkjasandr Lukaschenkas seit 1994. Ein andernorts zu Revolutionen führendes Nationalbewusstsein besteht in Belarus kaum, stattdessen legitimiert die Ideologie, dass der Staat für das Wohl des Volkes verantwortlich sei, dessen Machtanspruch, ist jedoch stets von der Wirtschaftslage abhängig. Als wichtiger Stabilitätsfaktor gilt die starke Repression, die sowohl Opposition als auch Zivilgesellschaft zu spüren bekommen. Die politische und wirtschaftliche Elite ist verhältnismäßig klein, verfolgt keine eigenen politischen Ambitionen und weiß um ihre Austauschbarkeit und stellt somit keinen Instabilitätsfaktor für die Regierung dar. Trotz Konflikten in der Energiepolitik und einer EU-Annäherung von Belarus ist die Bindung an Russland durch Subventionen und Exporte weiterhin stark und bildet eine ökonomische und politische Absicherung Lukaschenkas.

In Estland bildet die russischstämmige Bevölkerung mit fast 25% die größte Minderheit. Konrad Gerber fragt, ob diese ethnische Spaltung die Demokratieentwicklung im Land gefährde. Half die Fokussierung auf die estnische Identität zur Konsolidierung des neuen Staates und zum Wandel der politischen Eliten führte die „Bevorzugung der estnisch-ethnischen Majorität“ (S.143f.) zur „Ausgrenzung der ethnischen Minderheiten“ (S.144) und wirkt destabilisierend. Dadurch ist auch die politische Kultur stark

von ethnisch-nationalen Zugehörigkeiten geprägt, etwa durch den Erfolg nationalkonservativer Parteien einerseits und dem starken Zuspruch der russischsprachigen Minderheit für die Zentrumspartei andererseits.

Sebastian Brückner gibt anhand eines Vergleiches einen Überblick der Beziehungen Russlands zu Polen und Ungarn. Sowohl Ungarn als auch Polen war nach 1989 eine schnelle Anbindung an den politischen Westen gelungen. Während Polen seine Energiezulieferung diversifizierte, blieb Ungarn von russischen Gaslieferungen abhängig. Auch wenn beide Länder ausreichend historische Gründe für eine antikommunistische Politik hätten, verlief die Abkehr und die Aufarbeitung des Kommunismus in Polen unter Kaczyński deutlich radikaler, was sich in auch in heutigen politischen Haltungen niederschlägt. Die Ukraine-Krise machte deutlich, dass Polen Russland vor allem als Bedrohung wahrnimmt, während Ungarn ein Interesse an guten Beziehungen hat, aber auch eine Partnerschaft Russlands anstrebt.

Joseph Walthelms Blick auf die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa vor, während und nach der Transformation zielt auf eine Einordnung in eine aus Westeuropa bekannten Typologie. Durch die Systemumbrüche des 20. Jahrhunderts mit grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungen besteht in Mittel- und Osteuropa hingegen nur eine geringe Kontinuität der Wohlfahrtsregime. Nach 1989 stieg die Zahl der Leistungsempfänger_innen, Finanzierungslücken zeichneten sich ab. Während einige Länder am Umlageverfahren

festhielten, entwickelten sich andernorts erwerbsabhängige und private Rentenvorsorgen. Walthelm gibt einen Überblick über verschiedene Modelle und der Verwobenheit von Krankenversicherung, Rentenversicherung und Sozialhilfe und stellt fest, dass ein Typologisieren nach bekannten Mustern in Ländern Mittel- und Osteuropas nicht zielführend ist.

Eine Bilanz der deutsch-tschechischen Beziehungen nach 1989 zieht Lukáš Novotný. Die Entwicklung ordnet er in drei sich überlappende Phasen der Konfrontation (bis 1991), des Kennenlernens (1991-1997) und der Kooperation (ab 1997) ein. Waren die Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene von Beginn an äußerst harmonisch, führte der Umgang mit den Vertreibungen von Deutschen nach 1945 regelmäßig zu Misstönen, insbesondere zwischen Bayern und Tschechien. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, eng mit der CSU verwoben, konnte sich kaum zu einer Entschuldigung für NS-Verbrechen durchringen forderte jedoch umgekehrt einen Ausgleich für die Vertreibungen; in diesem Punkt waren die Fronten verhärtet. Mit der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 wurden diese Wogen zwar nicht gänzlich geglättet, die darin enthaltenen Entschuldigungen und das Bekenntnis zu einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit waren allerdings ein grundlegender Schritt, der die Phase der Kooperation einleitete. Novotný stellt abschließend bei Kooperationen eine Asymmetrie fest, Tschechien sei „stärker auf Deutschland fixiert als umgekehrt“ (S.191),

die Zusammenarbeit sei bei allem weiteren Bedarf ein achtbares Ergebnis.

Die elf Artikel zeichnen – ohne den Anspruch auf Vollständigkeit – ein spannendes Panorama von Transformationsentwicklungen in vielen der Länder Mittel- und Osteuropas. Insbesondere die Diversität der Themen und der Regionen sind eine Stärke des Bandes, dessen dicht geschriebene Beiträge gleichermaßen einen Einblick in Theoriediskurse als auch in politische Diskussionen liefern.

Literatur:

Thieme, Tom (Hg.): 25 Jahre Systemtransformation in Osteuropa. Bilanz und Perspektiven, Chemnitz 2015.

„Österreich und die Ostöffnung 1989“

Von Lucas Frings

Herausgegeben in der Reihe „historisch-politische Bildung. Themendossiers zur Didaktik von Geschichte, Sozialkunde und Politischer Bildung“ befasst sich das achte Heft aus dem Jahr 2015 mit der Öffnung Österreichs nach Mittel- und Osteuropa und deren wechselseitige Auswirkungen auf Österreichs Politik und Kultur. Es entspringt dem Forschungsprojekt „Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten. Österreich, seine Nachbarn und die Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989“ der Salzburger Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek.

Aus einem fachwissenschaftlichen und einem fachdidaktischen Teil bestehend richtet sich das Dossier vor allem an Lehrkräfte der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften. In fünf Fachbeiträgen werden die Themen aufbereitet, die anschließend in Methoden für den Schulunterricht angewandt werden können.

Michael Gehler zeichnet in seinem Beitrag Ursachen und Anlässe nach, die zu den „revolutionären Ereignissen“ in Mittel- und Osteuropa führten. Dafür vergleicht er die Entwicklungen in Polen, Ungarn, Rumänien, der DDR und der ČSSR und nimmt in den Blick welchen Anteil Revolutionen bzw. Reformen jeweils an den Umbrüchen hatten. Dabei stellt er fest, dass die Bewegungen, die bei den „Revolutionen“ (eine Wortschöpfung für das Ineinandergreifen von Revolutionen

und Reformen) in Polen, der CSSR und der DDR eine große Rolle spielten, unmittelbar danach zerfielen oder unbedeutend wurden. Sie konnten die Mächtigen absetzen, jedoch keine eigene neue Ordnung aufbauen. Neben nun möglichen „demokratiepolitischen Aufbrüchen und Emanzipationen“ (S.13), entstanden auch „neue nationale Bedrohungen und internationale Risiken“ (S.13) wie die Teilung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik 1993, der Bürgerkrieg in Jugoslawien und die finanziellen Fördermaßnahmen der Europäischen Gemeinschaften.

Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene

Dem sogenannten Osthandel und österreichischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa widmet sich Oliver Kühschelm. Nachdem das Österreich der Ersten Republik bereits intensive Handelsbeziehungen insbesondere mit der Tschechoslowakei und Ungarn geführt hatte, musste dieser Exportmarkt nach 1945 von neuem erschlossen werden. Dazu gehörten Banken, die ab Mitte der 1970er-Jahre mit Niederlassungen in Ungarn Finanzdienstleistungen entwickelten, und Joint Ventures, die österreichischen Unternehmen neue Märkte erschlossen während Betriebe in den östlichen Nachbarländern vom Knowhow und erhöhten Produktionskapazitäten profitierten. Neben den sich – trotz der Unwägbarkeit der Konsequenzen einer möglichen reformkommunistischen Veränderung – scheinbar lohnenden Profiten sieht Kühschelm auch historisch tradierte „Ostfantasien“, etwa

eine Anknüpfung an k.u.k.-Geschichte als Anreiz für Unternehmen in Ost- und Mitteleuropa zu investieren.

Kulturbeziehungen mit den „Ostblockstaaten“ bestanden seit Mitte der 1960er-Jahre. Andrea Brait untersucht welche Auswirkungen die Umbrüche von 1989 auf die österreichische Kulturaußenpolitik hatten. Politische Einheit bestand in Österreich bei dem entschiedenen Ausbau der kulturellen Förderung durch Erhöhung der Mittel, die Eröffnung repräsentativer österreichischer Kulturinstitute und Österreich-Bibliotheken. Auch wenn kleinere kulturelle Einrichtungen in mittel- und osteuropäischen Staaten bereits vor 1989 präsent waren, hoben Abkommen, die größtenteils 1990 in Kraft traten, die Auslandskulturarbeit auf eine neue Ebene. Neben einem Einfluss auf gesellschaftliche Reformen und eine Demokratisierung nahm die „Abgrenzung von Deutschland zum Zweck der Förderung einer eigenständigen nationalen Identität Österreichs“ (S.26) eine zentrale Rolle ein. So wurden Kooperationen mit Goethe-Instituten abgelehnt und die „Eigenständigkeit der österreichischen Sprachvarietät und Kultur“ (S.26) betont. Brait stellt jedoch abschließend fest, dass die Bemühungen in der Kulturpolitik kaum Einfluss auf die politische Öffnung der Nachbarländer hatte.

Andreas Pudlat wirft aus österreichischer Perspektive einen Blick auf das Schengener Abkommen. Österreich war kein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und konnte somit auch weder beim ersten Abkommen 1985 noch beim Schengener

Durchführungsübereinkommen 1990 teilhaben. Ab 1997 trat das Abkommen auch für Österreich in Kraft wonach nun lediglich im Ausnahmefall reguläre Grenzkontrollen stattfanden. Im Weiteren zeichnet Pudlat Diskurse zur Kontrollfreiheit angesichts von Migration nach, etwa der Wandlung des insbesondere im DDR-Kontext verwandten Begriffs des „Fluchthelfers“ zum „Schlepper“ oder die mediale und politische Instrumentalisierung von Grenzkontrollen.

Im letzten fachwissenschaftlichen Artikel betrachtet Marcus Gonschor die Memoiren von Helmut Kohl, George H.W. Bush, Ronald Reagan unter der Fokussierung auf 1989. Hierbei wird deutlich wie wichtig ein neutrales, geeintes Deutschland für die beiden US-amerikanischen Präsidenten war. In Kohl fanden beide zu ihrer Zeit einen Ansprechpartner mit ähnlichen Vorstellungen eines gesamtdeutschen NATO-Beitrittes, der den USA auch einen Verbleib von Militärtruppen sicherte. Kohl hingegen wusste um die US-amerikanische Unterstützung für ein deutsches Recht auf Selbstbestimmung bei der Vereinigung und darüber hinaus.

Unterrichtsvorschläge

Der fachdidaktische Teil des Dossiers umfasst 25 Beispiele für Unterrichtseinheiten. In einem kurzen einleitenden Text halten die fünf Autor_Innen fest, dass die Umbrüche 1989 und das Ende des Kalten Krieges „zentrale Themen für die Geschichts- und Politikdidaktik“ (S.43) sind. Ein Lernen im historisch-politischen Unterricht könne Bilder bzw. Karten von Europa im Kopf der

Lernen aus der ■ Geschichte

Empfehlung Fachdidaktik

Teilnehmenden offenlegen und kontrovers und multiperspektivisch betrachten. Dies könne „geografische Abgrenzungsversuche genauso wie historische Konstellationen durch den Eisernen Vorhang, kulturell-religiöse Konnotationen im Sinne eines ‚christlichen Abendlandes‘ oder die institutionelle Vorstellung von EU-Europa“ (S.43f.) umfassen. Dadurch soll eine Kritik- und Urteilsfähigkeit sowie eine politische Mündigkeit bei Schüler_innen entwickelt werden, die, etwa durch patriotisch-nationalistische Gefühle oder abwertende Vorurteile hervorgerufen, Grenzen im Kopf entgegenwirken sollen.

Die Unterrichtsbeispiele zeichnen sich durch eine große Themen- und Methodenvielfalt aus. Unter anderem eine Foto- bzw. Karikaturenanalyse, ein Worldcafé zum Vergleich von Umbrüchen in verschiedenen Ländern, Rechercheformate oder die Erstellung von Quizze, Radiobeiträgen oder Ausstellungen stärken Sach-, Orientierungs-, Urteils- und Methodenkompetenz der Schüler_innen gleichermaßen. Lehrkräfte finden hier neben gut verständlichen Anleitungen und prozesshaften Beschreibungen der Einheiten alle benötigten Materialien als ansprechende Kopiervorlagen vor.

Fazit

Das vorliegende Dossier bietet Lehrer_innen zahlreiche Möglichkeiten ein Thema zu bearbeiten, das so bisher in Schulbüchern oder fachdidaktischen Handreichungen nur selten aufbereitet ist. Die fünf Fachbeiträge vermitteln Grundwissen

und zeigen für den Unterricht wichtige Perspektiven auf. Die anschließenden Vorschläge für die Unterrichtsgestaltung sind thematisch anspruchsvoll, methodisch kreativ und abwechslungsreich. Gleichzeitig sind die Methoden nicht starr und können auch für den Unterricht mit deutschen Schüler_innen überarbeitet und genutzt werden.

Literatur:

Schwerpunkt: Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung (Hg.), historisch-politische bildung Nr. 8/2015. Das Heft steht kostenlos zum [Download](#) zur Verfügung.

„1989 – Aufbruch in Osteuropa“

Von Tanja Kleeh

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung widmet den politischen Umbrüchen im Jahr 1989 auf seinem Webportal die Reihe „1989 – Aufbruch in Osteuropa“. Der politische Umbruch wird als „entscheidende historische Zäsur“ für die Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks verstanden. Die Autor_innen gehen in ihren Texten auf Schlüsselereignisse in verschiedenen Ländern unter unterschiedlichen Aspekten näher ein.

Von Polen über Serbien in die DDR

Lisa Bonn untersucht in „Von der Wahlzeitung zum Leitmedium“ die Rolle der Zeitung Gazeta Wyborcza im politischen Umbruch in Polen. Dabei beschreibt sie den Weg von der Wahlzeitung aus den Kreisen des Solidarność-Lagers zum liberalen Leitmedium. Bis heute, so Lisa Bonn, sei die Zeitung von zwei Grundzügen geprägt: dem Anschreiben gegen Populismus, Antisemitismus und alle Formen von Chauvinismus sowie als Verfechter der wirtschaftlichen Umstrukturierung nach 1989. Die Gazeta Wyborcza könne als ein Symbol für die Freiheit in der III. Republik Polen gedeutet werden. Bei allem Lob spart die Autorin auch nicht mit Kritik an der Zeitung und ihren Versäumnissen, wie etwa der fehlenden Problematisierung von Missständen. Mit Blick auf die heutige politische Situation in Polen, insbesondere die neue Pressegesetzgebung, wäre ein neuerlicher Blick auf die

Zeitung und ihren heutigen Einfluss sicherlich interessant. Die historische Bedeutung bleibt davon unangetastet.

Auch bei dem Gastbeitrag von Daniel Hirsch ist dies der Fall. Unter der Überschrift „Seltener Sieg des Zusammenhalts“ schreibt der Autor über die Verhandlungen am sogenannten Runden Tisch 1989. Er streicht heraus, dass es zwar schon oft in der ungarischen Geschichte revolutionäre Bewegungen gegeben habe, jedoch bei dieser erstmalig lagerübergreifend zusammengearbeitet wurde. So zählten zu den Teilnehmer_innen des Runden Tischen sämtliche Parteien inklusive eines großen Gewerkschaftsbundes sowie weitere kommunistische Organisationen. Unter den Verhandlungsführern: der heutige Ministerpräsident Viktor Orbán, damals noch als Liberaler. So werden im Text von Daniel Hirsch die historischen Aspekte ausführlich behandelt, doch auch der Bogen zur Gegenwart wird elegant geschlagen.

Krsto Lazarević nimmt sich in „Renaissance des serbischen Nationalismus“ der Amselfeld-Rede von Slobodan Milošević an. Am 28. Juni 1989 beschwor Milošević unweit der kosovarischen Hauptstadt Pristina vor über einer Million Serb_innen das serbische Nationalgefühl. Im Nachgang wurde die Veranstaltung von etlichen Seiten als Einstimmung auf den Jugoslawienkrieg betrachtet. Lazarević stellt die Rede in den Kontext weiterer Reden Miloševićs. Auch vorherige Besuche im Kosovo werden thematisiert. Zudem liefert er Hintergrundinformationen zu dem für Außenstehende oftmals als verwirrend und nur schwer zu

durchsteigenden Konflikt zwischen Serb_innen und Kosovar_innen. Aber nicht nur die politische Elite, auch weitere gesellschaftliche Gruppierungen wie etwa die Kirche finden Eingang in die Untersuchung von Lazarević. Dieses gesamtgesellschaftliche Bild ist auch Michael Lühmann ein Anliegen. Er blickt auf den 9. Oktober 1989 in Deutschland, insbesondere in Leipzig, zurück. Dabei geht er sowohl auf die Anfänge ein als auch der Frage nach, inwiefern der 9. Oktober 1989 als „Tag der Entscheidung“ gewertet werden muss und welche Bedeutung dies im Zuge des Einheitsprozesses trägt. Wie die genannten Umbrüche sich tatsächlich bemerkbar machten fragt Ernst Wawra in „Aufbruch in eine demokratische Zukunft?“ Er untersucht, wie mit Andersdenkenden, welche in der Sowjetunion unterschiedlichsten Repressionen ausgesetzt waren, während und nach dem offiziellen Ende der Sowjetunion umgegangen wurde. Beispielhaft für ungezählte Schicksale steht an dieser Stelle beispielsweise Sergej Kowalev. Wawra zeichnet seinen Werdegang vom politisch Verfolgten zum Parlamentsmitglied nach. Zudem steht er exemplarisch für die Versuche, eine Zivilgesellschaft in der ehemaligen Sowjetunion zu gestalten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Ambivalenz, mit der sich die Schicksale der ehemaligen Dissidenten gestalteten.

Mit der sogenannten Vorwendezeit setzten sich Lisa Weimar und Daniel Albrecht in „Vor dem großen Aufbruch 89 in der DDR“ auseinander. Das Autorenpaar geht dem Phänomen der Umbruchstimmung anhand

des Romans „Pygmalion“ von Steffen Mensching nach. Dabei kommen sie nach Untersuchung dessen zu dem Schluss, der Roman eröffne „über die Satire mit Überspitzungen und Klischees eine weitere Facette der Vorwendezeit jenseits der üblichen Erzählung“.

Resümee

Die Reihe „1989 – Aufbruch in Osteuropa“ eignet sich hervorragend als Quelle für Hintergrundinformationen, die über das gradlinige Narrativ hinausgehen und weit über die bloßen Ereignisse im Jahr 1989. Zudem wurden die 2014 erschienenen Artikel um weitere Stücke ergänzt, die sich anhaltend mit dem Phänomen 1989 und seinen Folgen beschäftigen. So geht der neueste Eintrag etwa auf den politisch-gesellschaftlichen Rechtsruck in Polen und Ungarn ein. Autorin Klaudia Hanisch geht für die Ursachenforschung bis in die Umbruchphasen des Jahres 1989 zurück. So ist das Portal eine kontinuierlich weitergeführte Informationsquelle, die vor allem auf Zusammenhänge setzt – nicht nur für die Geschichtswissenschaft von Interesse.

Online-Magazin „Ostpol“

Von Tanja Kleeh

Wer sich mit den Umbrüchen in Ost- und Mitteleuropa während des Jahres 1989 auseinander setzt kommt nicht umhin, sich früher oder später mit den Entwicklungen der daraus hervorgegangenen Staaten auseinander zu setzen. Das Online-Magazin Ostpol knüpft an diesen Gedanken an und berichtet nach eigenen Angaben täglich über Entwicklungen „aus dem halben Kontinent zwischen Polen und Sibirien“.

Was ist „Ostpol“?

Ostpol ist ein Online-Magazin. Herausgeber ist n-ost, ein Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung. Aufgeteilt in die Bereiche Länder, Reihen und Dossiers werden auf der Homepage des Magazins von Journalist_innen und Fotograf_innen verschiedene Thematiken bearbeitet. Dabei blicken die Reportagen stets hinter die Fassade, arbeiten die Hintergründe auf und geben einen ansprechenden Einblick in die heutige, tagesaktuelle Situation.

Themenbereich „Länder“

Wie der Titel bereits sagt findet sich unter dem Begriff „Länder“ eine alphabetische Auflistung der bei Ostpol behandelten Länder. Von A wie Albanien bis Z wie Zypern umfasst die Liste insgesamt 33 Länder sowie die Europäische Union. Mit einem Klick gelangt man auf die entsprechenden Artikel. Bereits die hier beispielhaft genannten Länder zeigen, dass Ostpol den Begriff der östlichen Länder etwas weiter fasst als im her-

kömmlichen Verständnis. So wird auch der Balkan miteinbezogen. Gerade dadurch gewinnt das Magazin jedoch an Stärke, werden durch die Hinzunahme nicht offensichtliche Zusammenhänge offenbart. Als Beispiel für die Beiträge sei an dieser Stelle trotzdem Polen angeführt. Unter dem Länder-Tag finden sich aktuelle Artikel zum Holocaust-Gesetz, welches die Begrifflichkeit polnische Konzentrationslager verbietet, wie auch zum Antisemitismus in der 68er-Bewegung. Dabei finden sich einige Artikel neben der ursprünglichen Form noch einmal in englischer Übersetzung. Aufgrund des Umfangs und der enormen Bandbreite der Themen, die von Politik über Tourismus bis Fußball reichen, eignet sich der Themenbereich „Länder“ hervorragend für einen ausführlichen, detaillierten Blick auf die heutige Gesellschaft in Ost- und Mitteleuropa.

Themenbereich Dossier

Anders als im Themenbereich Länder wird hier der Schwerpunkt nach Ereignissen gesetzt, beispielsweise zu den Umbrüchen 1989. Geleitet von einer Fragestellung werden verschiedene Artikel zusammengetragen. Im Beispiel „25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“ steht die Frage nach übrig gebliebenen Idealen und Utopien. An den Ländern Rumänien, Tschechien, Polen, Russland, Estland, Slowakei und Bulgarien fragen die Autor_innen: „Was ist aus der erhofften Freiheit geworden?“ So beschäftigen sich die Beiträge unter anderem mit dem „langen Schatten Ceausescus“. Die heutigen Alltagsprobleme wie massive Armut werden in Verbindung gestellt mit der Diktatur und

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

vor allem ihrem Ende. Aber auch Aspekte der Erinnerungskultur sowie der Aufarbeitung kommen zur Sprache. Die knapp gehaltenen und trotzdem inhaltvollen Artikel, die mit schlichter Sprache auskommen, ermöglichen ein sowohl angenehmes wie auch relatives flottes Lesen. Die Fokussierung auf einzelne Biographien wie in dem mit „Der bulgarische Dämon“ überschriebenen Artikel, der von einem missglückten Fluchtversuch aus der DDR über Bulgarien in den Westen erzählt, geben der abstrakten historischen Erzählung eine persönliche Note und machen sie erfahrbarer. Dass manchmal ein unkonventioneller anmutender Zugang das Thema bereichern kann, beweisen in diesem Dossier die Artikel „Zweite Chance für ein vergessenes Handwerk“ über die Schuhindustrie in der Ostslowakei sowie „Singend in die Freiheit“. In letzterem Artikel wird auf Gesangs-Tradition des Baltikums eingegangen. Insgesamt umfasst das Dossier über die Veränderungen in den postsozialistischen Staaten elf Artikel mit den aufgeführten unterschiedlichen Thematiken. Wie bereits im Themenbereich Länder, zeigt Ostpol auch hier seine Stärke der Vielfalt und der unterschiedlichen Herangehensweisen.

Themenbereich Reihen

Der Bereich Reihen mit seinen fünf Unterkategorien ist, wenn man so will, für rein Geschichtsinteressierte nur von eingeschränktem Interesse und eher für Politikwissenschaftler_innen sowie am Tagesgeschehen Interessierte geeignet. In den „Innenansichten“ geben osteuropäische Intellektuelle einen persönlichen Einblick auf

Entwicklungen in ihren Ländern. Ähnlich funktioniert die wöchentliche Kolumne „Gemischtes Doppel: Ukraine/Russland“ der Ukrainierin Inga Pylypchuk und des Russen Maxim Kireev. Die nicht-deutschsprachigen Texte auf Ostpol werden in der Reihe „International“ zusammengefasst. Neben englischen Übersetzungen gibt es auch unter anderem Texte auf Russisch, Litauisch und Polnisch. Die beiden übrigen Kategorien „Stereoscope“ sowie „Bild und Reflexion“ sind mehr selbstreflexiv und setzen sich auf verschiedenen Ebenen mit dem Journalismus als solchen auseinander.

Zusammenfassung

Ostpol eignet sich hervorragend als Informationsquelle für die aktuelle Situation in den entsprechenden östlichen- und mitteleuropäischen Ländern. Das Magazin bietet umfassende Hintergrundinformationen zu tagesaktuellen Themen. Insbesondere durch seine Themenvielfalt sowie seinen Umfang gewinnt das Magazin. Etliche Beiträge schlagen den Bogen zu einschneidenden Ereignissen in der Vergangenheit, so dass der Bogen zwischen Gegenwart und Vergangenheit geschlagen werden kann. Insbesondere in den Dossiers finden sich kompakt zusammengefasst viele Artikel zu einem Themenkomplex. Auf Grundlage dessen können sowohl Geschichtslehrende als auch Geschichtslernende von dem Magazin profitieren, ergänzt das Magazin doch das bloße Faktenwissen um die Umsturzvorgänge um die teilweise bis heute anhaltenden Veränderungsprozesse in manchen Ländern.

Osteuropa im Gespräch

Von Lucas Frings

Bei Fokus Europa, dem Interview-Podcast der Heinrich-Böll-Stiftung, führt der Journalist Tim Pritlove Gespräche mit Expert_innen, meist aus der Wissenschaft, zu Politik, Kultur, Identitäten und Gemeinschaft in Europa und einzelnen Regionen. Die Stiftung möchte hiermit versuchen „die Hintergründe und Zusammenhänge des Staatengeflechts zu verdeutlichen und zu erklären“.

Nachdem sich Pritlove in den ersten Ausgaben des Podcasts vor allem mit den Institutionen der Europäischen Union befasst hatte, bildet die neunte Folge vom März 2015 den Auftakt zu einem Blick auf Mittel- und Osteuropa. Kurz darauf erschienen Gespräche zum jeweiligen Verhältnis von Russland, der Ukraine, dem Balkan und Ungarn zu Europa. In der hier vorgestellten Folge ist Dietrich Beyrau, Historiker, Osteuropaexperte und emeritierter Professor in Tübingen zu Gast.

Was verstehen wir unter Osteuropa?

Eingangs steht für Beyrau und Pritlove eine Begriffsklärung an. Was ist Osteuropa? Wer bezeichnet es so? Seit wann? Und welche Funktionen hat diese Definition? Beyrau, insbesondere Kenner der russischen und sowjetischen Geschichte führt aus, dass sich der Begriff „Osteuropa“ erst nach dem Ersten Weltkrieg institutionalisierte und etwa Russland zuvor weitgehend zu Nordeuropa gerechnet wurde sowie Katharina die Große

den Beinamen „Königin des Nordens“ trug.

Die durch den Krieg eintretende Verschiebung zu Osteuropa war öfter eine Fremdschreibung als eine selbst gewählte Zuordnung. Beyrau beschreibt die Wahrnehmung: „Der Osten ist rückständig, ist barbarisch, ist bäuerlich – im Unterschied zur städtischen Zivilisation im Westen, also es war immer etwas negativ. Nach dem Ersten Weltkrieg wollte, wenn man so will, niemand zum Osten gehören.“ Selbst bei einer gewissen romantischen Verklärung die beispielsweise bei kulturellen Aspekten wie der Literatur Dostojewskis aufkomme, habe man sich in Deutschland immer vom Osten distanziert. Beyrau vertritt die Position, dass in vielen Ländern, gerade in Südosteuropa die Eigenwahrnehmung primär national verlief, ein Zugehörigkeitsbedürfnis zu einer größeren Gruppe bestand nicht.

Nationale Besonderheiten

Pritlove und Beyrau arbeiten sich durch fast alle Länder und Regionen Mittel- und Osteuropas und betrachten deren Geschichte unter dem Blickwinkel der Zugehörigkeit zu einem „Osteuropa“. In Bezug auf Tschechien hält hier Beyrau fest, dass es nur wegen der Sprache, dem Slawischen, zum Osten gezählt wird. Mit einem Blick ins 19. und 20. Jahrhundert ließe sich das nicht erklären. Dabei streift Beyrau unmittelbar aufeinanderfolgend verschiedene Themen, wie etwa die britische Unterstützung der jugoslawisch-kommunistischen Widerstandsbewegung um Tito ab 1943 oder den finnischen Nationalismus, ohne näher darauf

einzugehen. Das mag die Hörer_innen zeitweise etwas überfordert zurücklassen, andererseits bietet sich auf diese Weise ein Füllhorn an spannenden Aspekten der Geschichte Ost- und Mitteleuropas für die eigene Weiterbeschäftigung.

Ausführlicher zeichnet Beyrau dagegen verschiedene Abgrenzungslinien einzelner Nationen nach. Während es in der Tschechoslowakei und dem serbischen Teil Jugoslawiens nach 1945 die Kommunistische Partei mit 30%-40% Zustimmungswerten relativ stark gewesen sei, wurden im katholischen Polen Kommunist_innen stark abgewehrt und mussten sich sehr anpassen. Auch wurde in Polen „Deutschtum mit Preußentum gleichgesetzt, und Preußentum war evangelisch. Da war nach Osten hin die Abgrenzung gegen die Orthodoxen und nach Westen gegen die Protestanten.“

Im zweiten Teil der Sendung lenkt Beyrau das Gespräch dann zum Kalten Krieg und der Teilung Europas um sich die unterschiedlichen Situationen in den Regionen anzuschauen. Die historische Betrachtung sei wichtig um zu begreifen, wie die Länder Mittel- und Osteuropas nach der Wende aufgestellt seien etwa im Hinblick auf ein Wiedererstarken Russlands.

Ebenfalls kommen die Haltungen einzelner Länder, insbesondere Polen, gegenüber Deutschland zur Sprache und die Funktionalisierung von Nationalismus. Im Ausblick nehmen sie die jüngere Generation in den Blick, die Beyrau bei aller Einbindung in internationalere Kontexte immer noch an die

Geschichte ihrer Herkunftsländer gebunden sieht.

Der Podcast ist im besten Sinne ein Gespräch zwischen Beyrau und Pritlove. Sie orientieren sich zwar an groben Themenschwerpunkten, entfernen sich aber gerade bei der Betrachtung der jüngsten Jahrzehnte immer wieder davon. So eignet sich der Beitrag weniger für die Bildungsarbeit, gibt jedoch einen Überblick über die Komplexität nationalstaatlicher Beziehungen und damit verbundenen kulturellen Aspekten wie Sprache und Religion.

Die hier vorgestellte Episode des Podcasts finden Sie unter: <https://www.boell.de/de/podcast/fokus-europa/fe009-osteuropa>

Unser nächstes Magazin erscheint als Sonderausgabe am 16.Mai 2018 in Zusammenarbeit mit der Bildungsstätte Anne Frank.

Das nächste reguläre Magazin erscheint am 30.Mai 2018 zu Fragen von Demokratiepädagogik und Menschenrechten.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh und Ingolf Seidel.

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.